



Persönliche Stellungnahme zum Thema „Familiennachzug für Flüchtlinge“

Das Berliner Verwaltungsgericht hat mit einem Urteil gemäß medialer Berichterstattung vom 22.12.2017 den Familiennachzug für einen unbegleiteten minderjährigen, zudem traumatisierten Flüchtling bewilligt, dies unter Hinweis auf das Kindeswohl sowie unter Bezugnahme auf das Grundgesetz, die Europäische Menschenrechts- und die UN-Kinderrechtskonvention. Das Votum des Gerichts dürfte sich in den aufgeklärt-liberalen, toleranten Kreisen der Bevölkerung mit Mut zu neuen Hoffnungen verbinden angesichts des gegenläufig in Europa zunehmend Verbreitung findenden ausländerfeindlichen politischen Rechtsrucks. Es ist anzunehmen, dass besagtem Urteil im Hinblick auf gegenwärtige, insbesondere auch zukünftige Politik der Bundesregierung hinreichend Möglichkeiten eingeräumt werden, die Existenzform einer – pointiert ausgedrückt - unverzichtbaren ethischen Leitlinie nicht nur zu beanspruchen, sondern in der Lebensrealität auch konkret zur Geltung zu bringen und damit seinen wegweisenden Charakter unter Beweis zu stellen. Die bislang zu konstatierende Unfähigkeit des deutschen Staates – und hier richtet sich der Fingerzeig insbesondere auf Parteivertreter von autoritär-restriktiv-konservativem Zuschnitt –, jenes Unvermögen wohl gemerkt, in der Frage des Familiennachzuges für Flüchtlinge unter subsidiärem Schutz eine befriedigende Regelung gemäß den Wertmaßstäben von Humanität, Verantwortungsbewusstsein und Rechtsstaatlichkeit zügig auf den Weg zu bringen, wird sich – falls nicht doch noch in den derzeit stattfindenden Sondierungen zur Regierungsbildung eine Lösung zugunsten der Migranten gefunden werden sollte - zu einem politischen wie auch moralischen Skandal ersten Ranges auswachsen!

Norderstedt, im Dezember 2017

(Erstveröffentlichung online: Forum Deutsch als Fremdsprache: Diskussionsforen, Fachdiskurs DaF, 24.12.2017. Wiederveröffentlichung als anschließende Verlautbarung: Pleister, Michael (2018): Ayad Akhtar: The Who and the What. Kommentar zum Werk in der Inszenierung am Deutschen Schauspielhaus Hamburg. München: GRIN Verlag, Open Publishing GmbH)



Persönliche Verlautbarung zum Thema „Familiennachzug“ in den Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD im Januar/Februar 2018 (hervorgegangen aus einem per E-Mail versandten Schreiben vom 26. 01. 2018 an Mitglieder der SPD)

Die politischen Resultate, die in den Sondierungsgesprächen zur Bildung einer Großen Koalition für die Legislaturperiode bis 2021 erzielt wurden, nehmen sich – und dies dürfte in weiten Kreisen der Sozialdemokratie derzeit so gut wie unstrittig sein – z.T. recht kümmerlich aus. Ein solches Urteil betrifft in besonderer Weise die Regelungen zum Familiennachzug für Migranten unter subsidiärem Schutz. Der Nachzug von 1000 Familienangehörigen pro Monat bleibt in entsprechender Multiplikation hinter den Erwartungen, die sich mit der seit geraumer Zeit kursierenden, vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)¹⁾ authentisierten Zahl von insgesamt 50000 bis 60000 verbinden, erheblich zurück, und dies letztlich nicht nur quantitativ, sondern, wenn das einmal so ausgedrückt werden darf, auch nach Maßgabe von Wertvorstellungen und Prinzipien wie Humanität, Verantwortungsbewusstsein und Rechtsstaatlichkeit. In den derzeit stattfindenden Koalitionsverhandlungen u.a. mit Bezug auf das hier angesprochene Thema sollte unbedingt eine erheblich höhere Anzahl von Nachzugsgenehmigungen gefordert werden, sodass im Sinne eines Kompromisses monatlich mit einer Zahl von mindestens 2000 Personen gerechnet werden kann. Auf jeden Fall dürfte die Nachbesserung der diesbezüglichen Ergebnisse, wie sie in den Sondierungsgesprächen mit der CDU/CSU ausgehandelt wurden, für die Mitglieder der SPD vermutlich in ihrer Mehrheit eine unverzichtbare Voraussetzung darstellen im Hinblick auf ein zustimmendes Votum im Rahmen des im Bereich der SPD durchzuführenden Referendums nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen.

Überdies wäre gerade der CSU mit noch mehr Nachdruck, als es bisher der Fall war, zu unterbreiten, dass nach einem möglicherweise negativ ausfallenden Entscheid der SPD-Mitglieder zur Bildung einer Großen Koalition und damit auch nach Neuwahlen, die dann höchstwahrscheinlich anberaumt werden müssten, mit Sicherheit keine Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD in Aussicht steht, unter den Bedingungen einer weiterhin von der CSU vertretenen restriktiven Haltung zum Familiennachzug für Migranten vermutlich auch kein Arrangement mit den „Grünen“ im Kontext möglicher neuer Sondierungen für eine Jamaika-Koalition zu erwarten ist. Im Übrigen sollte der CSU allmählich die Peinlichkeit zum vollen Bewusstsein gebracht werden, mittlerweile vorwiegend, wenn nicht sogar ausschließlich von externen Personen auf die Verpflichtungen, die sich aus dem „C“ und „S“ im Parteinamen ergeben, hingewiesen zu werden.



Um es noch einmal deutlich zu formulieren: Ohne einen tragfähigen Kompromiss bezüglich der hier angesprochenen Problematik wird im Rahmen der geplanten Befragung nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen eine mehrheitliche Zustimmung der SPD-Mitglieder zur Bildung eines Regierungsbündnisses von CDU/CSU und SPD mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erfolgen, und dies durchaus zu Recht!

Gleichwohl, es gibt eine vorerst letzte Chance: Alle Verhandlungsführer – nicht nur die der SPD, aber sie ganz besonders – sollten sich ebenso freundlich wie nachdrücklich aufgefordert fühlen, in den anstehenden Gesprächen und Auseinandersetzungen zur Koalitionsbildung substantielle quantitative wie qualitative Verbesserungen, insbesondere was das oben in Augenschein genommene Thema anbelangt, durchzusetzen, um eine abschließende Zustimmung der Sozialdemokraten zu einem Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU gerade angesichts der in dieser Hinsicht überaus prekären Lage dann doch noch zu ermöglichen.

¹⁾ <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-01/fluechtlinge-familiennachzug-herbert-bruecker-migrationsforschung> (letzter Abruf: 30.01.2018)

Norderstedt, im Januar 2018



Kommt es in Kürze zum Bruch der Großen Koalition mit unabsehbaren Folgen für Deutschland und Europa?

Wenn es der SPD, wie in einer vom Generalsekretär per E-Mail an Parteimitglieder verschickten Stellungnahme vom 15.06.2018 betont wird, darum geht, mit den europäischen Partnern, vor allem mit denjenigen - dies sei hinzugefügt -, die den bislang geltenden deutschen Positionen zur Migrationspolitik nahestehen, verstärkt zusammenzuarbeiten, sich demzufolge in allen relevanten Fragen insbesondere zur Flüchtlingspolitik abzustimmen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, dann sollte die SPD-Führung ihre bis dato geübte, auf den derzeit virulenten Streitfall zwischen CDU und CSU bezogene Zurückhaltung aufgeben und die im Koalitionsvertrag zur Einwanderung und Flüchtlingspolitik getroffenen ebenso umfangreichen wie klaren, zudem europäisch orientierten Abmachungen in Form überschaubarer, einprägsamer Thesen coram publico in entsprechenden Verlautbarungen noch einmal herausstellen und den Menschen in Erinnerung rufen. Angesichts der gegenwärtigen unverschämten, geradezu unglaublichen Provokationen seitens der CSU hat die Kanzlerin es verdient, auch vom Koalitionspartner die notwendige Unterstützung zu bekommen, nicht zuletzt im Hinblick auf den weiteren Bestand der derzeitigen Koalitionsregierung. Es geht hier mit Bezug auf die Asylpolitik um politische und juristische Fragen, darüber hinaus um den Kodex von Werten, die das Zusammenleben von Individuen und Gruppen unterschiedlicher Herkunft, diverser kultureller Ausrichtung und Orientierung gestalten und insgesamt für die Gewährleistung von Friedfertigkeit zwischen den Menschen in die Pflicht zu nehmen sind, um es ein wenig zugespitzt auszudrücken. Gerade die auf jene Ereignisse von 2015 bezogenen, von der Kanzlerin stets wiederholten Bekundungen der Rechtfertigung damaligen politischen Handelns unter dem Aspekt diesbezüglicher Erfordernisse angesichts einer humanitären Notsituation, die einer Katastrophe nahekam, überhaupt die regierungsamtlichen Verlautbarungen einer humanitären Verantwortung seitens staatstragender Politik liefern deutliche Hinweise auf moralische Gesichtspunkte, die zusammengefasst hier im vorliegenden Fall der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 zu Recht - dies sei mit Nachdruck betont - geradezu im Sinne eines kategorischen Imperativs Leitlinie und Maßstab politischen und damit auch menschlichen Handelns abgaben. Die SPD sollte in der Frage der politischen Entscheidungen, was die durch den damaligen sogenannten Flüchtlingsstrom verursachten Herausforderungen sowie die zwischen CSU und CDU derzeit ausgebrochene Kontroverse anbelangt, die von der Kanzlerin vertretene durchaus europafreundliche sowie dem humanitären Aspekt in der Regel Vorrang einräumende Positionierung – bei allem, was vielleicht sonst auch kritisch zu beurteilen wäre - unterstützen und dies auch verstärkt öffentlich für jedermann vernehmbar zum Ausdruck bringen. Die Partei der „Bündnisgrünen“ - vielleicht ein späterer Koalitionspartner für SPD und CDU ohne CSU - ist mit der ihrerseits als



Reaktion auf jenen Konflikt zwischen CSU und CDU bereits zügig erfolgten Stellungnahme im Hinblick auf ihren eigenen geistig-politischen Standort gerade auch unter ethischem Akzent sprachlich-inhaltlich durchaus deutlich geworden, ihre Repräsentanten sind beherzter aufgetreten als die Sozialdemokraten. Die SPD hat hier, was eine durchaus wünschenswerte unmissverständliche Positionierung in öffentlichkeitsrelevanter Hinsicht anbelangt, offensichtlich Nachholbedarf, dessen Kompensation Genüge zu tun sie sich unverzüglich angelegen sein lassen sollte.

Norderstedt, 15.06.2018

(Erstveröffentlichung online: Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Migration und Vielfalt in der SPD Schleswig-Holstein/facebook, Beiträge, 19.06.2018. Ebenso: SPD Kreisverband Segeberg/facebook, Beiträge, 19.06.2018)



„Zuwanderung, Demokratie und Rechtsstaat“: eine Verlautbarung

Es besteht die Gefahr, dass die ursprüngliche Begeisterung der Flüchtlinge in der Bundesrepublik über die zunächst wohlwollende Aufnahme durch das Land im Herbst 2015 einer nicht unerheblichen Ernüchterung weicht, möglicherweise in Missmut, Resignation, gar Feindseligkeit umschlägt, wenn weiterhin rassistische Propaganda, Hasstiraden und Anschläge auf Wohnanlagen von Migranten das gesellschaftliche Klima vergiften. Selbstverständlich tragen auch all diejenigen, die in krimineller Weise in die vor noch nicht allzu langer Zeit diskutierten Vorfälle am Kölner Hauptbahnhof während der Silvesternacht 2015/2016 involviert waren, und natürlich auch jene Migranten, die sich anderenorts, und dies nicht nur in besagter Silvesternacht, strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben, zu entsprechenden ausländerfeindlich gestimmten Reaktionen in der Bevölkerung bei. Ausländerfeindlichkeit wiederum, gar Rassismus ist „Wasser auf die Mühlen“ rechtspopulistischer sowie rechtsradikaler Parteien, deren Anhänger und Sympathisanten mit entsprechender Propaganda, vor allem mit Hasskommentaren u.a. im Internet aus ihrer Menschenverachtung keinen Hehl machen. Auch die in den Koalitionsgesprächen zur Regierungsbildung vor ca. zwei Monaten vereinbarte Kontingenzlösung im Hinblick auf die Regelung des Familiennachzuges für subsidiär geschützte Flüchtlinge ist mit der insbesondere von dezidiert konservativer Seite in den entsprechenden Verhandlungen durchgesetzten Zahl von 1000 Nachzugsberechtigten pro Monat bei einer offiziell geschätzten Gesamtzahl von ungefähr 60000 Personen, die für einen Familiennachzug in Frage kommen, kaum anders als kümmerlich zu nennen. Eine solche Minimallösung ist letztlich skandalös und wirft ein bezeichnendes Licht auf den partiellen Zynismus einer Wohlstandszivilisation.

Gleichwohl: Gelingende Integration dürfte Bedingung, wenn auch nicht gleich Garantie für Gewaltverzicht auf allen Seiten sein. Die deutsche Bevölkerung sollte sich aufgefordert fühlen, durch Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber Migranten, vor allem durch aktive sowie sachkundige Mitwirkung an den Aufgaben der Integration – dies sei besonders betont - die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die hiesige Gesellschaftsordnung insgesamt und damit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie humanistische Werte gerade für die Zukunft auch unter den Migranten ebenso intellektuell wie emotional engagierte Träger finden. Dass die Zuwanderer über Aufnahmebereitschaft seitens der deutschen Bevölkerung und eine weitgespannte Integration für die Qualitäten eines aufklärerisch-humanistisch fundierten Gemeinwesens notwendigerweise zu interessieren und zu gewinnen sind, wird für unsere Gesellschaftsordnung in den Strukturen von Demokratie und Rechtsstaat überlebenswichtig sein. Zudem kann sich nur über die Aufnahme von



Kontakten, durch Bekanntschaften und Freundschaften auf längere Sicht ein gedeihliches Miteinander der Menschen gerade in einer verstärkt pluralistisch geprägten Gesellschaft entwickeln. Ein kategorisch auf Gelingen von Integration ausgerichteter permanenter Prozess mit dem begleitenden Ergebnis einer pazifizierten menschlichen Gemeinschaft wird das Fundament des gesamten europäischen Wertesystems liefern, das durch kulturelle wie religiöse Einflussfaktoren geprägt, insbesondere bekanntermaßen – wie auch oben bereits angedeutet - von Errungenschaften der Aufklärung durchdrungen ist. Rechtspopulistische Umtriebe mit nicht unbeachtlichem Zuspruch vonseiten der Bevölkerung gerade in manchen Staaten Europas geben dem Gedanken einer Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaat eine realistische Note.

Schneller, als vielen Menschen vermutlich bewusst ist, gerät ein Gemeinwesen, das sich durch differenzierte, balancierte, geradezu „sensible“, auf Freiheit und Menschenrechte zielende Strukturen auszeichnet, in nicht zu unterschätzende Gefahr. Die Bewahrung, auch die gegebenenfalls anzustrebende Weiterentwicklung demokratischer sowie rechtsstaatlicher Standards erfordert Wachsamkeit der menschlichen Gemeinschaft in ihrem Pluralismus insgesamt, d.h. Rechtsstaats- und Wertebewusstsein sowie Engagement eines jeden einzelnen Gesellschaftsmitgliedes.

Die Bevölkerung nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa – dies sei noch einmal hervorgehoben - ist letztlich gefordert, wenn es im Rahmen von Demokratie und Rechtsstaat um den Erhalt von Liberalität, Toleranz und offener Gesellschaft geht.

Und schließlich: Die oben skizzierten Zusammenhänge, überhaupt die in Entstehung begriffenen Vorgänge und Entwicklungen auf dem Feld von Gesellschaft und Politik in eher umgrenzten Bereichen sollten wie üblich auch im Kontext von Wandlungen und Veränderungen gesehen werden, deren Inhalt, Struktur und Auswirkungen in einer bei rasantem Tempo weiterhin über Austauschbeziehungen zusammenrückenden sowie durch vielfache Mobilität gekennzeichneten Welt zu permanenten Bestandteilen der Lebensrealität, teilweise zu globalen Problemen, zu dauerhaften Phänomenen in ubiquitärer Dimension gewissermaßen avancieren. Jene Veränderungen werden die Menschheit - soweit absehbar - vor große Herausforderungen stellen und der Bevölkerung auch in Europa im Hinblick auf mögliche Einschränkungen von Demokratie, Rechtsstaat und Liberalität vermutlich manche, wenn nicht sogar schwere Sorgen bereiten. Die Digitalisierung, um abschließend eines der folgenreichsten Beispiele für „Weltveränderung“ durch Menschenhand zu benennen, schreitet mit teilweise erschreckenden Auswirkungen voran. So wird es in China bis 2020 nach Medienberichten ca. 600 Millionen Gesichtserkennungskameras geben, dies mit der unweigerlichen Folge einer Zementierung von Diktatur und Unterdrückung durch totale Überwachung.



Schätzungen zur Anzahl der in China jährlich vollstreckten Todesurteile belaufen sich auf Tausende, zudem handelt es sich bezüglich verifizierbarer Zahlen in diesem Zusammenhang um ein chinesisches Staatsgeheimnis. Was bedeutet all dies vorwiegend zukünftig für andere Länder und Regionen, für Gesellschaft und Individuum insgesamt? – Die viel beschworene Digitalisierung wird nicht nur zu den zivilisatorischen Errungenschaften, sondern neben Klimawandel, Aufrüstung, Krieg und Zerstörung, Armut, Flucht und Vertreibung auch zu den globalen Problemen und möglichen „Kataklysmen“ gehören, deren Auswirkungen auf Lebenschancen und Leben von Kindern und Kindeskindern - aus heutiger Sicht gesagt – in ihrer Schwere noch gar nicht abzuschätzen sind.

Norderstedt, im April 2018

(Erstveröffentlichung als anschließende Verlautbarung: Pleister, Michael (2018²): ‚Unterwerfung‘ von Michel Houellebecq. Ein Monolog mit Edgar Selge. Anmerkungen zum Werk in der Inszenierung am Deutschen Schauspielhaus Hamburg. München: GRIN Verlag, Open Publishing GmbH. Wiederveröffentlichung in gekürzter Fassung online: Forum Deutsch als Fremdsprache: Diskussionsforen, Fachdiskurs DaF, 16.04.2018, in vollständiger Version: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft/facebook, Beiträge, 28.04.2018)



Antwort auf einen Einwand zum Thema „Zuwanderung, Demokratie und Rechtsstaat“ auf dem Forum Deutsch als Fremdsprache:

(...)

In sachbezogener Hinsicht sei Folgendes angemerkt: Die von Ihnen aufgeführten, keinesfalls zu leugnenden Missstände wie Wohnungsnot, menschenunwürdige Zustände in Flüchtlingsunterkünften, Flüchtlingsindustrie, an der verdient wird, AfD sowie „mehr oder wenige seriöse DaF- und IK-Anbieter“, wie Sie sagen, weisen auf eine Entwicklung hin, die über den Weg einer jahrelang betont neoliberal fundierten Politik letztlich zu Problemen und Verwerfungen nicht unerheblichen Ausmaßes geführt hat, zu Kalamitäten und Mängeln, die wir heute z.T. beklagen. Wenn ich davon spreche, dass die gesamte Bevölkerung in Deutschland und Europa gefordert ist – und der Begriff der Forderung ist ebenso komplex wie differenziert, kann Unterschiedliches bedeuten -, dann schließt dies nicht nur die von mir in meinem Artikel genannten Migranten mit ein, sondern auch – und dies dürfte sich eigentlich von selbst verstehen - die von uns gewählten Politiker. Sie sind aufgefordert, im Ringen um die beste Lösung die von Ihnen in Ihrer Replik auf meinen Kommentar konstatierten Fehlentwicklungen zu bearbeiten, zu reduzieren und – wo immer möglich - natürlich auch zu beseitigen. Im Übrigen haben meine skizzierten Einlassungen zu dem Thema „Zuwanderung, Demokratie und Rechtsstaat“ einen etwas anderen Duktus, als Sie mit Ihrer vermeintlichen Gegenposition vielleicht zu unterstellen versuchen. Mein Kommentar zielt gewissermaßen in extremer Kürze auf eher globale Aspekte wie Fluchtbewegung, deren Möglichkeiten und Begrenzung, Aufnahmebereitschaft einheimischer Gesellschaften, hier der deutschen Bevölkerung, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus sowie Rechtspopulismus, auf all dies mit seinen Auswirkungen auf das im Zuge vielfältiger Turbulenzen in der Welt durchaus gefährdete gesamte System von Demokratie und Rechtsstaat.

(...)

Norderstedt, 17.04.2018

(Erstveröffentlichung online: Forum Deutsch als Fremdsprache: Diskussionsforen, Fachdiskurs DaF, 17.04.2018)



"Eigeninitiative“ und „Selbsttätigkeit“: zwei Prinzipien eines liberalen Bildungssystems. Eine voraussetzungslose Selbstverständlichkeit für alle? Kurze Verlautbarung im Kontext „Integrationskurse/ Deutsch als Fremdsprache“

Aufgrund der autoritär-illiberalen, teilweise diktatorischen Strukturen mancher Herkunftsländer der Migranten und des damit verbundenen oft recht geringen Aufklärungsgrades der jeweiligen Bevölkerung kann das Bewusstsein des in Deutschland eingewanderten Individuums häufig für das Erfordernis, die mit der Inanspruchnahme von zumeist staatlicherseits zur Verfügung gestellten Bildungsmöglichkeiten sich bietende Weiterentwicklung der Ich-Identität, der Persönlichkeit und ihrer Lebensperspektiven in den eigenen Verantwortungsbereich zu integrieren, sozusagen in eigene Regie zu nehmen, soweit dies unter den Bedingungen eines Rechts- und Sozialstaates in demokratischer Verfassung eben möglich und auch zumutbar ist, sich als Einzelperson, um es konkret zu formulieren, nicht etwa nur instruieren zu lassen, sondern im hier angesprochenen Fall auf die eigenverantwortliche Verwirklichung von Bildungsabsichten nach Möglichkeit mit entsprechender Ausdauer einzulassen, kurzum: Aufgrund unzureichender Voraussetzungen kann das Bewusstsein eines „ehemaligen Untertanen“ für das Erfordernis selbstmotivierter Tätigkeit gerade auch als Impuls für liberale gesellschaftsrelevante Entwicklungsprozesse verständlicherweise in der Regel nicht sonderlich ausgeprägt sein. Natürlich sind auch hier schichten- und bildungsspezifische wie individuell bedingte Ausnahmen und Unterschiede zu konstatieren.

Die Verantwortungslosigkeit diktatorischer Obrigkeiten in der Welt sowie die Infamie autoritärer, auf Disziplinierung, Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen setzender Strukturen und Mechanismen hinterlassen in ihrer Inhumanität und Nichtswürdigkeit bekanntermaßen gerade auch in dem recht sensiblen Bereich von Kultur, Bildung sowie Persönlichkeitsentwicklung ihre sichtbaren Spuren.

Die Aufgaben unseres Bildungssystems treten desto deutlicher hervor ...

Norderstedt, 03.07.2015

(Erstveröffentlichung online: Forum Deutsch als Fremdsprache: Diskussionsforen, Fachdiskurs DaF, 08.08.2018)



Antwort auf einen Einwand zum Thema „'Eigeninitiative' und 'Selbsttätigkeit'“ auf dem Forum Deutsch als Fremdsprache:

Ich habe nicht nur autoritäre Bildungssysteme, sondern die Disziplinierung und Unterdrückung durch entsprechende Imperative gesamtgesellschaftlicher Systeme autokratischen bis diktatorischen Zuschnitts im Blick. Sie dürften Auswirkungen im Sinne von Macht- und Herrschaftsausübung auf die jeweilige Bevölkerung in ihrer Struktur und Verhaltensdisposition insgesamt haben und ebenso die Einzelperson in ihrer Einstellung, in ihrer psychischen Konstellation, in ihren Gewohnheiten und Gepflogenheiten über brutale Bevormundung auf den Weg von Konformität und Unterwerfung zwingen.

Wenngleich ich zeitweilig auch an der Hochschule unterrichte, so beziehe ich meine Erfahrungen derzeit hauptsächlich aus Integrationskursen in Deutschland. Aber auch hier gibt es "Ausnahmen und Abweichungen", manchmal erfreulicherweise sogar eine ganze Reihe!

(...)

Norderstedt, 09.08.2018

(Erstveröffentlichung online: Forum Deutsch als Fremdsprache: Diskussionsforen, Fachdiskurs DaF, 09.08.2018)